

## Offener Brief

An die Mitglieder des Karlsruher Gemeinderats  
Haus der Fraktionen  
Hebelstr. 13  
76133 Karlsruhe

Klimabündnis Karlsruhe  
www.klimabuendnis-karlsruhe.de  
c/o Ingo Laubenthal  
Indianaring 36  
76149 Karlsruhe

Sehr geehrte Mitglieder des Karlsruher Gemeinderats,

mit rund 100 neuen Maßnahmenvorschlägen haben sich Karlsruher Bürger\*innen sehr aktiv an der Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzepts 2030 beteiligt. Trotz einer Reihe von grundsätzlichen Kritikpunkten, die sich u.a. in den Stellungnahmen von Fridays for Future und ParentsForFuture widerspiegeln und die vom Klimabündnis Karlsruhe weitgehend geteilt werden, appellieren wir an Sie, das jetzt vorliegende Klimaschutzkonzept ohne Abstriche zu verabschieden. Wir teilen die Meinung von Bürgermeisterin Lisbach, dass es jetzt vor allem darauf ankommt, mit den vorgelegten Maßnahmen so schnell wie möglich zu beginnen.

Entschieden unterstützen wir auch die vom Umweltdezernat vertretene Auffassung, dass Karlsruhe dem vom Weltklimarat (IPCC) als ‚P1‘ beschriebenen CO<sub>2</sub>-Reduktionspfad folgen soll, der die vergleichsweise schnellste Senkung der Treibhausgas-Emissionen vorsieht [1]. Gleichzeitig stellen wir fest: Wir sind keineswegs damit einverstanden, die klimaneutrale Stadt erst für das Jahr 2050 anzustreben. Mit dieser Zielmarke ist die Einhaltung des 1,5°-Ziels nicht erreichbar, an dem wir uns orientieren müssen. Die entscheidende Größe ist das Gesamtbudget an CO<sub>2</sub>-Emissionen, das uns noch zur Verfügung steht. Wenn wir unsere Netto-Emissionen erst 2050 auf null reduzieren, besteht laut Weltklimarat (IPCC) nur eine Wahrscheinlichkeit von 50%, nach neuen Berechnungen sogar nur von 33%, das wichtige 1,5 Grad-Ziel einzuhalten [2].

Das Klimabündnis unterstreicht deswegen mit Nachdruck die Forderung der deutschen Fridays for Future-Bewegung nach Klimaneutralität spätestens 2035. Selbst mit dieser Zielmarke beträgt die Wahrscheinlichkeit, die Erwärmung der Atmosphäre auf 1,5° zu begrenzen, nur 67%. Würde sich Karlsruhe weniger vornehmen, wäre dies aus unserer Sicht nicht verantwortbar.

Zudem fordern wir, spätestens ab dem Haushaltsjahr 2023 Mittel einzuplanen, mit denen CO<sub>2</sub>-Emissionen in anderen Ländern eingespart werden können. Dies ist notwendig, weil wir nach heutigem Stand annehmen müssen, dass es nicht gelingen wird die Emissionen vor Ort in Karlsruhe so schnell zu reduzieren, wie es notwendig ist. Gestützt auf Berechnungen des Berliner Vereins „GermanZero“ halten wir fest: Selbst bei konsequenter Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wird das CO<sub>2</sub>-Budget, das uns in Deutschland fairerweise zusteht, voraussichtlich bis Mitte 2023 aufgebraucht sein [3]. Ab diesem Zeitpunkt müssen wir Geld für Projekte in Ländern zur Verfügung stellen, in denen die Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen leichter und günstiger möglich ist als bei uns. Die mit diesen Mitteln erzielte Verminderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen kann dann in die Karlsruher CO<sub>2</sub>-Bilanz eingehen, denn für die Klimaveränderung ist es weitgehend unerheblich, in welchem Land oder Erdteil eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen erreicht wird. Ein zusätzlicher Vorteil solcher Ausgleichsinvestitionen liegt darin, dass sie mit einem Knowhow-Transfer zu den Ländern des globalen Südens einhergehen können. Die Anstrengungen der betreffenden Länder, ihre eigenen CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele zu erfüllen, sollen durch diese Investitionen nicht ersetzt, aber durch Technologie- und Wissenstransfer erleichtert werden.

Wir begrüßen die Absicht der Verwaltung, technische Neuerungen oder veränderte Rahmenbedingungen genau zu beobachten und in Form von weiteren Maßnahmen in das Klimaschutzkonzept zu integrieren, wenn dies sinnvoll erscheint. Dies muss ebenso für Best-Practice-Beispiele aus anderen Städten gelten, mit denen Karlsruhe einen engen Knowhow-Austausch in Fragen des Klimaschutzes pflegen soll. Bei allen Bemühungen um den Klimaschutz darf der Natur- und Artenschutz nicht vergessen werden. Das sind sich gegenseitig ergänzende Themenfelder, die Potential

für zahlreiche Synergieeffekte bieten. Das Klimabündnis setzt sich auch für die Verbesserung des lokalen Stadtklimas ein. Die Stadt muss neben den global wirksamen CO<sub>2</sub>-Reduzierungen auch die örtlich durchführbaren Klimaverbesserungen durch die wirksamen Grünmaßnahmen aktiv anpacken. Viele große stadtklimawirksame Bäume sind in Karlsruhe in den letzten Jahren für die vielen Baumaßnahmen gefällt worden, allein über 450 für die Kombilösung. Den beiden letzten heißen, trockenen Jahren sind viele Bäume zum Opfer gefallen, dafür muss wirksamer Ersatz gepflanzt werden. Vor allem müssen die noch gesunden, vitalen Bäume und Grünflächen, zum Beispiel des Parks um den Bundesgerichtshof, des Nymphengartens, des Friedrichsplatzes und der Kaiserstraße für die Bürger unserer Innenstadt erhalten werden.

Wichtig ist nach unserer Ansicht auch, dass dem Klimaschutz höchste Priorität eingeräumt wird, und zwar nicht nur im Umweltdezernat, sondern über die Dezernatsgrenzen hinweg. Denn CO<sub>2</sub>-Emissionen fallen auch in den Zuständigkeitsbereich anderer Dezernate, die ebenfalls ein hohes Reduktionspotential aufweisen, etwa im Bereich der Stadtplanung, der Energieversorgung, der Bautätigkeit usw. Falls formelle oder strukturelle Hindernisse sichtbar werden sollten, welche die konsequente Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes behindern, erwarten wir, dass sie durch die betroffenen Dezernate zügig ausgeräumt werden.

Für die in Kürze anstehende Planung des Doppelhaushaltes 2021/2022 fordern wir, dass die vollständige Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes ohne ‚Wenn und Aber‘ finanziell abgesichert wird. Wir werden die Haushaltsverhandlungen in diesem Punkt genau verfolgen und kritisch begleiten.

In den vergangenen Jahren wurden die Mittel des Klimaschutzfonds nur teilweise abgerufen. Wir fordern, dass sie künftig voll ausgeschöpft werden und der Fond bei Bedarf aufgestockt wird. Zusätzlich sollen auch finanzielle Anreize für Bürger\*innen und Unternehmen finanziert werden, um private und geschäftliche Investitionen in den Klimaschutz zu fördern.

Das Klimaschutzkonzept 2030 umfasst viele neue Maßnahmen, die zum Teil noch nicht ausgearbeitet sind. Dies kann nicht mit dem bestehenden Personalschlüssel umgesetzt werden. Daher ist es erforderlich, eine personell und strukturell gut ausgestattete Organisationseinheit zu bilden. Hierfür müssen entsprechende Stellen neu geschaffen werden, um schnelle Entscheidungen und Umsetzungen sowie maximale Synergien sicherzustellen.

Um zu gewährleisten, dass die Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes greifen und die Ziele erreicht werden, ist ein konsequentes Monitoring der erfolgten CO<sub>2</sub>-Reduktionen erforderlich. Es soll ermöglichen, die Effizienz der Maßnahmen zu beurteilen und diese gegebenenfalls nachzubessern. Wir fordern, dass die Ergebnisse zeitnah, transparent und nachvollziehbar veröffentlicht werden.

Karlsruhe, den 17.03.2020

Für das Klimabündnis Karlsruhe:

Anne Zerr

Reiner Rohmer

Dennis Lehr

Ingo Laubenthal

[1] IPCC Sonderbericht 2018: 1,5 °C GLOBALE ERWÄRMUNG - Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, S. 18

[2] a.a.O., S. 16, C.1.3

[3] Der\_1-5-Grad-Klimaplan\_fuer\_Deutschland, Seite 8. (<https://germanzero.de/klimaplan>)